

In ein neues Kampffahr / Von Herbert Wedner Dresden

Im Zeichen des Youngplans werden die Lasten die die Schultern der Arbeiterklasse bedrücken, am Ende des Jahres 1929 vergrößert. Noch einmal hat sich am Jahreschluss die Bourgeoisie zum Angriff konzentriert, und die Zoll- und Steuererhöhungen, das Finanzprogramm Hilferdings, die sozialreaktionären „Reformen“ Wiffells sind kennzeichnend für die Entwicklung im Jahre 1929 überhaupt.

Not und Elend der arbeitenden Massen

Sind während des vergangenen Jahres gewaltig gewachsen. Die rückwärtslose durchgeführte Nationalisierung hat Hunderttausende Arbeiter brotlos gemacht. Das Heer der Erwerbslosen wächst täglich. Ihre Lage ist durch die Verhärterungsreform und durch die diktatorischen Sparmaßnahmen immer bedrohlicher geworden. Mit ihr hat sich auch die Lage der in den Betrieben verbliebenen Arbeiter geändert. Die Löhne haben sich nicht aufwärts entwickelt. Der Reallohn steht weit unter der Vorkriegshöhe. Dafür sind aber die Kräfte der Arbeiter in einem bisher nicht erreichten Maße ausgebeutet worden.

Die Profite der Unternehmer

erhöhen sich bei fallenden Arbeiterlöhnen. In der Textilindustrie wurden 1929 Lohnherabsetzungen von 10 bis 30 Prozent vorgenommen. Mit der Drohung, die Betriebe zu schließen, erzwangen die Textilunternehmungen Lohnkürzungen in der schon genannten Höhe. Sie selbst aber konnten Gewinne einbringen, die nicht unter denen der vorhergehenden Jahre liegen.

70 Prozent Dividende an die Vorzugsaktionäre der Plauener Spitzenmanufaktur — 30 Prozent Lohnabbau bei den Textilarbeitern des Erzgebirges und der Oberlausitz.

Das sind Kennzeichen der Entwicklung im Jahre 1929.

Neben den Nationalisierungsmaßnahmen, durch die ein rasches Zunehmen der Arbeitslosigkeit erzwungen wird, sind vor allem die umfassenden Konzentrations- und Vertrauensbestrebungen bemerkenswert, die sich 1929 zeigten. Im Kampf der Unternehmer und Unternehmergruppen nahm die Stärke der Trusts und Konzerne zu. Zahlreiche kleine und mittlere Betriebe wurden in die Trusts einbezogen oder befestigt. Auf dem Rücken der Arbeiterkraft trugen und tragen noch die Kapitalisten ihre Konkurrenzkämpfe aus — auf höherer Stufenleiter als ebendem.

Vom Januar bis November 1929 waren in Sachsen 2032 Betriebskündigungsanzeigen zu verzeichnen.

Während derselben Monate 1928 waren es 1156 Anzeigen. Damit ist deutlich genug gezeigt, wer zum Leidtragenden der Konzentrationsbestrebungen der Industrie gemacht wird: die Arbeiterklasse! Durch die Stilllegungen wurden vom Januar bis August 1929 53 580 Arbeiter und Angestellte erwerbslos, gegenüber 23 196 in der gleichen Zeit 1928. Zu ihnen stoßen die zahlreichen Erwerbslosen, die auf dem „normalen“ Wege die Betriebe verlassen mußten.

280 000 Arbeitslose

verzeichnet kurz vor Jahreschluss die amtliche Statistik für Sachsen.

Dah die Unternehmer auch bei niedrigerer Belegschaftszahl ihre Profite halten und oft erhöhen konnten, zeigt das Beispiel der Kähmälchenteile A.-G., Dresden. Im Januar 1929 ergab diese Firma bei 1114 Beschäftigten 292 788 RM Umsatz. Im Oktober 1929 wurden aus 831 noch beschäftigten Arbeitern und Angestellten 203 816 RM Umsatz herausgeholt.

Dieser Nationalisierungsprozess wird fortgesetzt. Dafür, daß die reformistische Gewerkschaftsbürokratie nichts tun wird, um den Kampf gegen die Massenverelendung zu organisieren, bürgt das Wirtschafts- und Nachrichtenblatt des Deutschen Textilarbeiterverbandes in seiner Nummer 41, in einer Betrachtung über das Vordringen des Automatenwebstuhles in der Textilindustrie heißt es:

„Wir neigen zu der Annahme, daß diese Entwicklung in den nächsten Jahren noch eine intensiver sein wird. Gegenlegende (!) Unterredungen brauchen außerdem den Beweismittel (!), obwohl man dies nicht ohne weiteres verallgemeinern kann, daß die Anforderungen der Weber an den Automatenwebstuhl nicht größer sind als etwa an vier gewöhnlichen Webstühlen, vor allem Dingen eben deswegen, weil die Notwendigkeit besteht, auf Automatenwebstühlen besseres Material zu verarbeiten. . . . Es dürfte demnach glaubhaft erscheinen, daß auch bei Verdiensten von entsprechend mehr Stühlen, aber mit den notwendigen Einrichtungen und mit bestem Material durchaus nicht immer eine größere Belastung des Arbeiters vorhanden ist.“

Wenn (!) bei der Bedienung von immer mehr und mehr Stühlen auch der Lohnsatz entsprechend steigt, dürfte schon die Wirkung auf die Lage der Arbeiterklasse keine ganz ungünstige sein. Daß mit der Einführung des Automatenwebstuhles vor allen Dingen, wenn sie in recht schneller und überflüssiger Weise vor sich geht, Arbeitslosigkeit vorübergehend eintreten wird, ist ohne weiteres anzunehmen. Deshalb muß einer ausreichenden Arbeitslosenunterstützung die größte Aufmerksamkeit zugewendet werden, (Praxis liefert 20 000 — 5. Wz.), um die durch diese technische Revolutionierung arbeitslos werdenden Arbeiter ausreichend unterrichten zu können. Erwähnt sei jedoch, daß heute schon die Unternehmungen, die mit der Automatenisierung ihrer Stühle am weitesten vorgeschritten sind, auch den besten Beschäftigung haben.“

Diese Sprache, die sich der eines Unternehmerlandtags anmaßt, zeigt klar die hundertprozentige Bereitschaft der Gewerkschaftsbürokratie, mit den Unternehmern durch die und dünn zu gehen.

Ihre Praxis im Jahre 1929 liefert die übrigen notwendigen Beweise für die Feststellungen über ihre künftige Haltung gegenüber den Unternehmern einerseits, den kämpfenden Arbeitern andererseits.

Überall, wo Arbeiter um bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, stellen sich die reformistischen Bürokraten auf die

Seite der Unternehmer. Sie erfüllen ihre Pflicht im Dienste der Kapitalisten, sei es als Gewerkschaftsführer, Schlichter, Minister oder Vollgelehrten. Die in ihrem Dienst stehenden Betriebsfunktionäre beteiligen sich am Kampfe gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Denunziationen, Mißbräuche bei Maßregelungen sind die Kampfmittel dieser Streitkräfte des Sozialfaschismus.

Was die Sozialfaschisten bei den Kämpfen der Kohleleger in Berlin und der Walsertarbeiter in Hennigsdorf taten, ist Richtschnur für ihre gesamte Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft geworden. Im Kampf gegen rote Betriebsräte folgte ein Ausschluß aus der Gewerkschaft dem anderen. Betriebliche und betriebliche Bewegungen wurden von ihnen schärfstens bekämpft (Textilarbeiterkampf im Erzgebirge, betriebliche Bewegungen bei Anton Reiche, in den Deutschen Werkstätten und in der Gardinenfabrik in Dresden).

Das kommende Jahr wird weitere Verschärfungen dringen!

Schon haben Metall- und Fabrikarbeiterverband offiziell gegen außerordentliche Lohnforderungen Stellung genommen. Das Echo der Beschlüsse des Reichstages gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition im Lager der Sozialfaschisten, das in Ausschüssen und in Entwürfen auf Amtsenthebung oppositioneller Betriebsräte besteht, zeigt ferner, daß der Kampf noch erbitterter werden muß.

Die Ortsverwaltungen- und Delegiertenwahlen in den Gewerkschaften

Sind die nächsten Kampfpunkte. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition führt diesen Wahlkampf bei breitetester Mobilisierung der Massen mit ihrem Kampfprogramm. Die Entscheidung für oder gegen die Arbeiterforderungen der Gewerkschaftsopposition (7-Stunden-Tag, 40-Stunden-Woche, höhere Löhne, ausreichende Erwerbslosenunterstützung, gleicher Lohn für gleiche Arbeit für männliche und weibliche Arbeiter, Schutzbundtag für Jugendliche usw.) wird der Maßstab sein, der an alle anzusetzen ist. Die vor Wahl für Gewerkschaftsfunktionen stehen. Energisch und zäh gilt es, um jede Position innerhalb der Gewerkschaft zu ringen. So kann in jedem Kampf kein Vorkäufeln mit Sozialfaschisten geben. Nur radikalster Angriff auf die Festungen der Bürokratie, zielstrebige Sammeln aller ehrlichen, klassenbewußten Arbeiter um die Forderungen der Gewerkschaftsopposition kann Erfolge bringen.

Der Landeskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition Sachsens

der am 25. und 26. Januar in Chemnitz stattfindet.

hat die Aufgabe, zu prüfen, ob die Gewerkschaftswahlen auf der Grundlage der Beschlüsse des Reichstages durchgeführt werden sind. Diese Prüfung muß gründlich erfolgen, um die Kräfte zu den unmittelbar bevorstehenden

Betriebsrätewahlen

zusammensetzen. Schon die Vorbereitung des Landeskongresses bedeutet ein wichtiges Stück Arbeit für die Betriebs-

rätewahlen. Die Delegierten zum Bundeskongreß werden verbunden mit der Bildung von Wahlfamilien für Betriebsrätewahl und mit der Schaffung roter Vertrauensmännerkörper. Die Mängel, die sich noch bei den letzten Wahlen durch das Fehlen von Wahlfamilien in den Betrieben ergeben mußten, werden nur durch reifliche Erfüllung der hier aufgewiesenen Voraussetzungen vermieden werden können. Da es bei der Betriebsrätewahl und bei der Schaffung roter Vertrauensmännerkörper um die wichtigsten und organisatorischen Voraussetzungen zu den

Wirtschaftskämpfen

geht, ist jede Halbheit, jedes Zögern in dieser Arbeit ein Verbrechen an der Arbeiterkraft. Die volle Verantwortung der Führung von Wirtschaftskämpfen liegt bei der revolutionären Gewerkschaftsopposition! Ruhig wäre, auf die Initiativen der Gewerkschaftsbürokratie (gleich, ob sozialdemokratisch, christlich oder bürgerlich-katholischer Führung) zu warten. Ihre Eingliederung in die Front der Klassenkämpfe ist notwendig.

Der Dreibund:

Unternehmer, Gewerkschaftsbürokratie und Staat,

heißt getrübt, jeden Vorstoß der Arbeiter abzuwehren. Er versucht durch neue Lohnabbaumaßnahmen und durch Abbau der sozialen Einrichtungen noch höhere Summen aus der Arbeiterkraft zu pressen.

Geschlossener, mündiger Angriff zur Erzielung höherer Löhne, zur Durchsetzung unserer Arbeitszeit- und Erwerbslosenforderungen ist notwendig!

Die sächsische Arbeiterkraft muß sich rufen zu entschlossenen Kämpfen der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen in gemeinsamer Front gegen die kapitalistische Nationalisierung. Es gibt nur ein Vordringen oder ein Zugrundegehen unter der Nationalisierungsmaße.

Bei den Kampfvorbereitungen ist auf solche „Fremde“ zu achten, die in Gestalt „linker“ Sozialdemokraten, „radikaler“ Nationalsozialisten oder „mahrender“ Renegaten auftreten. Jegliche Irreführung ist in jedem Fall ihre gemeinsame Aufgabe, die sie im Dienste des gleichen Herrn erfüllen.

Klarheit in jedem Fall!

Sie ist die Voraussetzung zum geschlossenen und erfolgreichen Vorstoß.

Nur die Arbeit im neuen Jahr unter der Fahne der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der kommunistischen Partei! Das Jahr 1930 wird ein wirkliches Kampffahr sein! Nehmt alle Kräfte zusammen, damit in Sachsen, in jedem Betrieb, jedem Verband, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition vorwärtsmarschieren kann.

Den Blick auf den 8. Kongreß der RSD gerichtet, der im Sommer 1930 tagt, mit dem besten Willen, im Rahmen der Ziele nationale alles zu tun, um andere Aufgaben zu erfüllen, werden wir im Jahre 1930 kämpfen und Erfolge erringen.

Vor neuen Entlassungen

Alarmierende Nachrichten aus dem Ruhrgebiet

In den letzten Tagen haben die Unternehmer eine weitere Konzentration in der Eisenindustrie angekündigt. Bisher haben sich vier Konzentration gebildet, in denen u. a. die Bergischen Stahlwerke, Altmann, Krupp und Gutehoffnungshütte vertreten sind, die sich mit folgenden Werken vereinigen: Stahlwerk Feder A.-G., Wilsch, Bremer Hütte, Sächsische Gußstahlwerke A.-G., Döhlen, Rheinisch-Westfälische Stahl- und Walzwerke A.-G., Gelsenkirchen.

Die Kölnische Zeitung kündigt im Zusammenhang damit weitere Massenentlassungen an. Es heißt dort:

„Das Schicksal der übernommenen Werke hängt somit von den Entschlüssen der Konzentration ab. Das Bestreben, die eigenen Werke zur Herunterdrückung der Selbstkosten

möglichst voll zu beschäftigen, hat für die übernommenen Werke insofern Stilllegungen, mindestens aber Ein- und Auslieferungsgestaltungen, zu bedeuten. Da mit der Übernahme der Aktienmehrheiten aber auch weitere Nationalisierungsmaßnahmen verfolgt werden, so lassen sich wohl mindestens Teilstilllegungen kaum vermeiden.“

Gegen diese Bestrebungen der Großindustrie durch Nationalisierung weitere Arbeitermassen auf die Straße zu werfen, müssen die Belegschaften, insbesondere der in Frage kommenden Werke, sofort Stellung nehmen. Auf diese Ankündigungen der Großindustrie kann es nur eine Antwort geben: Organisation der Kämpfe nach den Beschlüssen des Reichstages gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition.

Steigende Elendskurve:

53 000 Erwerbslose in Dresden

Die Erwerbslosigkeit hat in der letzten Woche wiederum eine Steigerung um 4200 erfahren. So hat die Stadt Dresden jetzt eine Erwerbslosenquote von rund 53 000 bei einer Einwohnerzahl von 600 000. Diese fast 10 Prozent Erwerbslosen sind eine so schwere Last gegen die Nationalisierung und den mörderischen Kapitalismus, daß es bald auch den letzten Protesten Klar werden muß, daß es höchste Zeit ist, den Kampf gegen die Massenverelendung mit aller Entschiedenheit zu führen, der unter dem Gesichtswinkel des Kampfes gegen das kapitalistische System überhaupt geführt werden muß.

Hast Du schon das Jahrbuch der Arbeiterstimme?

Bestelle es sofort bei der Ausrägerin der Arbeiterstimme / Das Jahrbuch kostet nur 25 Pfennig

Was tut die Gewerkschaftsbürokratie gegen dieses Massenelend? So eine Frage! Die Herrschaften sind damit beschäftigt, gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition gegen die kommunistische Partei und die Sowjetunion zu hetzen. Es wäre töricht zu verlangen, daß sie irgend etwas gegen die Massenverelendung unternehmen. Die Arbeiter, organisierte und unorganisierte, können nur dann gegen die Erwerbslosigkeit ankämpfen, wenn in den Betrieben eine geschlossene Front geschaffen wird, die mit den Erwerbslosen gemeinsam den Kampf gegen die Massenverelendung aufnehmen würde. An den Stempelstellen müssen Vertrauensleute gewählt werden, die mit dem Betriebsvertrauensleuten in Hand eine energische Kampagne zur Organisation des Kampfes um die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung führen, und darüber hinaus um die verkürzte Arbeitszeit auf 7 Stunden und Lohnherabsetzung, um so dem Hunger der Massen zu begegnen. Alle Widerstände gegen diesen Kampf um die Existenzforderungen müssen mit Entschiedenheit hinweggeräumt werden.